



Themen der Woche Nr. 17/124

1. Entwicklung und Stand der Krankenhausförderung in Rheinland-Pfalz
2. eSport, Gamerszene und Spieleentwicklung
3. Cybersicherheit in Krankenhäusern
4. Entwicklung des Nahverkehrs
5. Grundrente
6. Verheerende Aussichten für Käfer und Schmetterlinge
7. Eurobarometer: Deutsche und Europäer zunehmend besorgt über Klimawandel



1. Entwicklung und Stand der Krankenhausförderung in Rheinland-Pfalz

Große Anfrage der Fraktion der CDU
- [Drs. 17/10902](#) -

Die Fraktion möchte wissen, wie viele **Anträge auf Fördermittel** vonseiten der Krankenhäuser in den Jahren 2016 bis 2019 gestellt wurden und wie viele Anträge hiervon durch das Land vollumfänglich bzw. in welchem Umfang bewilligt wurden. Außerdem interessiert die Fraktion die Höhe der von den Häusern zu tragenden **Eigenanteile** und die gesetzlichen Grundlagen hierzu. Weiter fragt sie nach den **durchschnittlichen Wartezeiten** zwischen der Beantragung der Gelder durch die Krankenhäuser und der endgültigen Bewilligung der Finanzmittel durch das Land.

Besonders die Frage, bis wann die Landesregierung den vor einem Jahr verabschiedeten Landeskrankenhausplan (2019 bis 2025) zu überarbeiten beabsichtige, beschäftigt die Fraktion. Hierbei erfragt sie besonders die Konsequenzen für die Förderung der Investitionskosten der Krankenhäuser.

2. eSport, Gamerszene und Spieleentwicklung

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der AfD
- [Drs. 17/10841](#) -

In Rheinland-Pfalz bietet derzeit ein **Verein** virtuelle Fußballspiele im Rahmen seiner Vereinsaktivitäten an. Der 1. FSV Mainz 05 baut einen eigenen eSport-Kader auf, der bereits in der Virtual Bundesliga aktiv ist, so die Landesregierung. Der Umgang mit eSport und eGaming fällt nach Auffassung der Landesregierung in die **Autonomie der Sportorganisationen**.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) differenziert zwischen eSport und eGaming. eSport liegt danach vor, wenn analoge Sportarten virtuell simuliert werden. Handelt es sich dagegen um andere Wettkampf- und Spielformen, spricht der Sportbund von eGaming. Den Bedarf, einen eigenen eSport-Verband in seinen Reihen aufzunehmen, sieht er nicht. Das rheinland-pfälzische Finanzministerium teilt die **ablehnende Haltung** des DOSB zur **Gemeinnützigkeit** des eSports. Es begründet dies auch mit einer aktuellen Studie zur Spielsucht von Kindern und Jugendlichen.

Vgl. auch [Themen der Woche Nr. 17/118 vom 14.11.2019](#)

eSport ist kein Bestandteil des praktischen Schulsports als Bewegungsfach. Die Kultusministerkonferenz hält aber eine reflektierte und kritische Auseinandersetzung mit den Konzepten von eGaming und eSport sowie der Marketingidee von Softwareunternehmen im **Unterricht** für denkbar.

Laut der gamesmap sind in Rheinland-Pfalz derzeit **16 Unternehmen aus der Computerspielebranche** als Entwickler und Publisher gelistet. Die Landesregierung geht davon aus, dass auch rheinland-pfälzische Spieleentwickler von der beschlossenen Bundesförderung profitieren können. In der Summe stünden bis 2023 bundesweit 200 Millionen Euro als **Fördermittel** zur Verfügung.

3. Cybersicherheit in Krankenhäusern

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10718 -

Die grundsätzliche Gefährdung durch Cyberattacken auch und besonders auf Gesundheitseinrichtungen nimmt nach Angaben der Landesregierung – in Übereinstimmung mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – ständig zu. Dies gelte nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit.

Die Bundesregierung sei derzeit nicht bereit, die Krankenhäuser bundesweit mit zusätzlichen Mitteln zur Abwehr von Cyberattacken auszustatten. Dies gehe aus einer Antwort des Bundesministers für Gesundheit auf ein Schreiben der Landesregierung hervor. Die Landesregierung betont, sie halte weiterhin an ihrer Forderung fest und werde ihr Anliegen gegenüber der Bundesregierung erneut bekräftigen. In einer vom Land Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebrachten Entschließung sei zudem auf die **zunehmenden Anforderungen an die IT für die Krankenhäuser** und den damit verbundenen notwendigen Schutz sowie die hierfür erforderlichen Finanzmittel hingewiesen worden.

4. Entwicklung des Nahverkehrs

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10808 -

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist ein Kernanliegen der Verkehrspolitik der Landesregierung. Mit dem **Rheinland-Pfalz-Takt als Rückgrat** wird das Angebot kontinuierlich erweitert, macht die Landesregierung deutlich.

Im **schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV)** hätten sich die **Fahrgastzahlen positiv entwickelt**. Seien im ersten Halbjahr 2010 noch 1 337 000 Fahrgäste pro Woche zugestiegen, seien es im ersten Halbjahr 2018 bereits 1 430 000 gewesen. Die meisten zusteigenden Fahrgäste in der Woche seien im Jahr 2014 verzeichnet worden, nämlich 1 438 000.

In den Jahren 2010 bis 2018 seien insgesamt **215,8 Millionen Euro an Landesmitteln** in die **Angebote SPNV und straßengebundener ÖPNV** geflossen.

5. Grundrente

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10814 -

Die „Anerkennung der Lebensleistung“ sei das klar formulierte Ziel aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung, das den **Respekt der Gemeinschaft vor der Leistung eines langen Arbeitslebens** zeige. Aufgabe der Solidargemeinschaft ist es sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben ein Auskommen haben, das ihre Leistung anerkennt. Dies betont die Landesregierung in ihrer Antwort. Die Grundrente werde daher durch weitere Maßnahmen ergänzt, um die Alterseinkommen zu erhöhen. Der Einkommensfreibetrag stelle sicher, dass **Einkommen bis zu 1 250 Euro bei Alleinlebenden** beziehungsweise bis zu **1 950 Euro bei Paaren nicht auf die Grundrente** angerechnet würden. Der Freibetrag werde jährlich angepasst. Eine **Vermögensprüfung**, etwa des Wohneigentums, finde nicht statt.

Die meisten Grundrentenbezieher erhielten die volle Grundrente. Die Grundrente ist keine Sozialhilfeleistung, betont die Landesregierung. Sie werde durch eigene Leistung erworben. Wer die nötigen Zeiten erworben und einen Anspruch auf Grundrente habe, bekomme sie von der Deutschen Rentenversicherung automatisch ausgezahlt.

6. Verheerende Aussichten für Käfer und Schmetterlinge

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10764 -

Als eine der möglichen Ursachen für das Insektensterben nennt die Landesregierung beispielsweise die Intensivierung der Landwirtschaft sowie die zunehmende Lichtverschmutzung. Es gebe jedoch viele weitere Faktoren. Es bedürfe weiterer **Ursachenforschung** und der **Entwicklung spezifischer und effizienter Maßnahmen**, damit eine Trendwende eingeleitet werden könne. Mehrere Studien zeigten einen dringenden Handlungsbedarf auf.

Insekten stehen im Ökosystem an der Basis der Nahrungskette, betont die Ministerin. Dadurch seien sie von essentieller Bedeutung für die Artenvielfalt. Alleine in Rheinland-Pfalz kämen rund 10 000 Insektenarten vor. Insekten besiedelten nahezu alle Biotope in der heimischen Natur, sodass sich alleine daraus ihre Bedeutung erschlüsse.

7. Eurobarometer: Deutsche und Europäer zunehmend besorgt über Klimawandel

Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 20.12.2019

Klimawandel und Umwelt würden immer häufiger als herausragende Probleme Europas wahrgenommen. Das aktuelle Eurobarometer zeige, dass der Klimawandel die Deutschen und auch andere Europäer immer mehr beschäftige.

35 Prozent der befragten Deutschen und 28 Prozent der Europäer zählen Klimawandel und Umweltschutz zu den **drängendsten Probleme Europas**, heißt es in der Presseerklärung der EU-Kommission. Seit 2014 habe der Klimawandel insgesamt um 19 Prozentpunkte in der Bewertung der wichtigsten Probleme durch die Europäer zugelegt. Die Menschen erwarteten von der EU entschlossenes Handeln. Die EU-Kommission teilt in ihrer Pressemitteilung weiter mit, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen zu wollen. Ab Januar 2020 würden konkrete Gesetzesvorschläge dazu vorgelegt.